



## **Jahresbericht Uganda 2016**

Im Februar 2016 wurde der seit 1986 (!) amtierende Präsident Yoweri Museveni zum fünften Mal ins Präsidentenamt gewählt. Die Wahlbeobachtermission der EU kritisierte die Wahlen, Wahllokale seien teilweise viel zu spät geöffnet worden. Im Vorfeld der Wahlen war es zu Protesten gegen den Präsidenten gekommen, denen mit massiver Polizeigewalt begegnet worden war. Demonstranten waren festgenommen und teilweise längere Zeit lang festgehalten worden. Oppositionsanhänger berichteten gegenüber Amnesty International, dass sie in Haft mit Eisenstangen geschlagen und dabei massiv verletzt worden waren.

Im November 2016 kam es in der Kleinstadt Kasese im Westen Ugandas zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Polizisten sowie Soldaten und der königlichen Garde des traditionellen Königs der Region Charles Wesley Mumbere. Nach Informationen von Amnesty International wurden 62 Personen getötet und Hunderte festgenommen. Mumbere selbst wurde verhaftet und in die Hauptstadt Kampala gebracht. Die Polizei gab an, dass sie erst aktiv geworden sei, nachdem bewaffnete Mitglieder der königlichen Garde mehrere Polizeistationen überfallen hätten. Unabhängige Journalisten gingen hingegen davon aus, dass sich der König einer Anordnung des Präsidenten widersetzt habe und es deswegen zu der Gewalt gekommen sei. Auf Videoaufnahmen der Ausschreitungen war zu sehen, wie gefesselte Männer von einem Pick-Up-Truck aus in einen Fluss geworfen wurden. Amnesty International verlangte von der ugandischen Regierung, dass sie unabhängig von den Rahmenumständen sicherstellen müsse, dass Polizisten und Soldaten keine Verbrechen wie Massenhinrichtungen und Folter begingen. Die Vorfälle vom November 2016 müssten gründlich untersucht und die Verantwortlichen für die Verbrechen gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.